

von
Timo Duile,
Irendra
Radjawali
übersetzt von
Samia
Dinkelaker

Timo Duile ist Promotionsstudent an der Abteilung für Südostasienwissenschaft der Universität Bonn. Irendra Radjawali ist Mitarbeiter des DFG-finanzierten Projekts »Stadt, Land, Fluss. Eine Politische Ökologie des Sungai Kapuas« an der Universität Bonn.

Neue Stimmen von der Basis

Strategien der ArbeiterInnenbewegung Indonesiens

Ein Interview mit Anwar Sastro Ma'ruf. Sastro war als Arbeiteraktivist gegen das Suhartoregime aktiv und danach Vorsitzender der einflussreichen Föderation unabhängiger Gewerkschaften KASBI. Heute ist er Vorsitzender der Konfederasi Pergerakan Rakyat Indonesia, einem Bündnis von Kleinbauernorganisationen, Frauenorganisationen, Basisgewerkschaften, FischerInnenorganisationen und Indigenenorganisationen.

Was ist das Ziel Deines Besuchs in Deutschland?

Hintergrund meines Besuchs hier ist das Ziel, die Entwicklungen in der ArbeiterInnenbewegung und linker Bewegungen in Europa bekannter zu machen und die indonesischen und europäischen Bewegungen zu vernetzen. Bei den indonesischen Bewegungen handelt es sich um noch sehr junge Bewegungen, da die vormals starken linken und sozialen Bewegungen nach dem Jahr 1965 durch Massentötungen, dem Verbot marxistischer und kommunistischer Ideologien unter dem Suharto-Regime zerschlagen wurden. Die Geschichte der linken Bewegung war im Laufe der *Orde Baru* verschüttet worden. Hintergrund meines Besuchs ist außerdem, über Perspektiven einer *people-to-people* oder *workers-to-workers* Solidarität zu diskutieren. Denn die internationale Arbeit unabhängiger Gewerkschaften

in Indonesien ist bisher vor allem durch NGOs vermittelt. Was ArbeiterInnen aus Indonesien selbst zu sagen haben, ist international kaum wahrnehmbar. Deshalb wünschen wir uns einen direkten internationalen Austausch zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen.

Kannst Du die allgemeine Situation der ArbeiterInnen und der Gewerkschaften in Indonesien beschreiben?

Nachdem Suharto gestürzt worden war und unabhängige Gewerkschaften erlaubt waren, sprossen Gewerkschaften wie Pilze aus dem Boden. Formal sind hunderte bis tausende nationale Gewerkschaftsverbände gemeldet. Vergleicht man allerdings die Mitgliederzahlen mit denen der gesamten ArbeiterInnenschaft, scheinen die Gewerkschaften noch relativ unbedeutend: Etwa zehn Prozent der ArbeiterInnenschaft sind gewerkschaftlich organisiert. Bis heute sind die mitgliederstärksten Gewerkschaftsföderationen KSBSI und KSPI, Nachfolgerinnen oder Abspaltungen der Einheitsgewerkschaft SPSI, die in der *Orde Baru* zur Kontrolle der ArbeiterInnenbewegung eingesetzt worden war.

Warum sind noch so wenige ArbeiterInnen gewerkschaftlich organisiert?

Man kann nicht wirklich von Gewerkschaftsfreiheit sprechen, denn gewerkschaftsfeindliche Maßnahmen sind auch heute noch Realität. Unabhängige Gewerkschaften sind davon besonders betroffen, und Interventionen durch Unternehmen, Regierung und Militär gehören zum Alltag. Mit *Union Busting (UB)* sind ArbeiterInnen sowohl in den Sektoren der verarbeitenden Industrie als auch im staatlichen Sektor konfrontiert. In den Betrieben der verarbeitenden Industrie wird *UB* zur Durchsetzung der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts eingesetzt, etwa wenn sich die ArbeiterInnen gegen Maßnahmen wehren, die befristete Verträge und Lohnsenkungen rechtfertigen sollen. Im staatlichen Sektor wird *UB* eingesetzt, wenn sich die Gewerkschaften gegen Privatisierungsbestrebungen staatlicher Unternehmen wie zum Beispiel des staatlichen Stromversorgers oder staatlicher Luftfahrtgesellschaften wehren. Es regt sich aber auch Widerstand und gewerkschaftsfeindliche Maßnahmen sind ein Moment, der die ArbeiterInnenbewegung zusammenbringt. Früher kam der Großteil der kämpferischen Gewerkschaften aus der verarbeitenden Industrie, aber heute setzen sie sich aus ganz unterschiedlichen Sektoren zusammen. Aus der Solidarität mit Streikenden der Gewerkschaft des staatlichen Flughafenunternehmens Angkasa Pura I in 2007/2008 entstand das National Solidarity Com-



Anwar Sastro
Ma'ruf.
Foto: Samia
Dinkelaker

mittee (KSN), ein Bündnis gegen UB, Leiharbeit, Outsourcing und Privatisierung.

Zwar ist bislang nur ein kleiner Teil der ArbeiterInnenenschaft gewerkschaftlich organisiert, aber es gibt durchaus einige positive Entwicklungen in der Gewerkschaftsbewegung. Dazu gehören jüngere Entwicklungen wie die gemeinsame Organisation und Koordination von ArbeiterInnen aus der verarbeitenden Industrie, dem staatlichen Sektor, der Plantagenwirtschaft, dem Bildungssektor und dem Mediensektor unter einem Dach. Aus der Bündnisarbeit gegen UB ist aktuell ein neuer Gewerkschaftsbund entstanden, dessen multi-sektorale Zusammensetzung für die Stärke der Interessensvertretung bereits Früchte trägt. Nehmen wir die unabhängige Gewerkschaftsbewegung seit Ende des Suharto-Regimes in den Blick, ist eine wichtige Entwicklung hervorzuheben, nämlich, dass die politische Führung, die am Anfang des Wiedererstarkens der ArbeiterInnenbewegung in den Händen der NGOs lag, heute bei den ArbeiterInnen selbst liegt. Heute findet außerdem eine Annäherung an andere soziale Bewegungen statt, wie der Landbewegung. Es findet ein gemeinsamer Austausch über die unterschiedlichen Kämpfe um die Agrarreform und Industrialisierung, Arbeitsplätze und ArbeiterInnenkontrolle, aber auch über die Kämpfe der Umweltbewegung für *environmental justice* oder den Kämpfen der MenschenrechtsaktivistInnen statt. Mittlerweile wurde ein Raum geschaffen, um diese Kämpfe und die Ziele, die dahinter stecken, gemeinsam zu diskutieren und miteinander zu verknüpfen.

Welche Rolle haben die ArbeiterInnen für die Reformasi gespielt? Häufig wird gesagt, die ArbeiterInnenbewegung spielte damals keine große Rolle, obwohl sie von der ökonomischen Krise damals sehr stark betroffen waren.

Die ArbeiterInnenbewegung spielte für den Sturz Suhartos im Jahr 1998 schon eine Rolle, denn sie trugen dazu bei, die Kämpfe der Anti-Suharto-Bewegung zuzuspitzen. In den Jahren vor 1998 gab es eine Reihe von Streiks in den großen Städten wie Surabaya, Solo, Jakarta, Bogor oder Bandung. 1998 stellte einen Höhepunkt dar, bei dem ganz unterschiedliche Teile der Gesellschaft an Protesten beteiligt waren. Es ist richtig, dass vor allem die Studierendenbewegung in die Geschichte eingegangen ist, denn ein Großteil der ArbeiterInnen kämpfte damals noch auf der Fabrikebene. Ich selbst war im Jahr 1998 am Aufbau einer ArbeiterInnenorganisation in der Industriestadt Tangerang beteiligt. Auslöser für die Entstehung zahlreicher ArbeiterInnenorganisationen im Untergrund war der Vorfall von Marsinah im Jahr 1993. Marsinah war eine Fabrikarbeiterin, die sich an Streiks beteiligte und vom Militär gefoltert, vergewaltigt und ermordet wurde.



In der Arbeiterbewegung Indonesiens entsteht eine neue Militanz.

Foto: Samia Dinkelaker

Im Anschluss gründeten viele ArbeiterInnen Solidaritätskomitees – die Vorläufer der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung.

Aus heutiger Sicht ist an der Reformasi-Bewegung problematisch, dass ihr Ziel lediglich war, Suharto zu stürzen und es keine Strategien für politische Alternativen gab. Nach dem Sturz Suhartos wurde die Macht von ReformierInnen besetzt, die die Politik einer *neo-orde-baru* betrieben.

Wie können ArbeiterInnen heutzutage die Politik beeinflussen?

Die ArbeiterInnenbewegung hat durch ihre Massenaktionen einige arbeiterInnenfeindliche Maßnahmen der Regierung bereits verhindern können. Ein Beispiel ist, dass die ArbeiterInnenbewegung die Pläne des Arbeitgeberverbands und der Regierung verhindern konnte, Abfindungsgelder massiv zu kürzen. Indem ArbeiterInnen die Autobahn blockierten oder das lokale Parlament besetzten, konnten sie bereits Lohnforderungen durchsetzen. Wir wissen, dass das lediglich kleine Siege sind. Denn die Situation von ArbeiterInnen ist nach wie vor besorgniserregend. Vor allem LeiharbeiterInnen haben keinerlei soziale Absicherung, werden mit Löhnen unter dem Mindestlohn bezahlt und sind von Kündigung bedroht, wenn sie sich zur Wehr setzen.

Wir halten es für wichtig, dass sich die ArbeiterInnenbewegung, aber auch andere soziale Bewegungen, politisch organisieren. Allerdings verpassen Neuaufgaben von Gesetzen wie das Parteiengesetz, das Gesetz für Massenorganisationen oder das Wahlgesetz den linken Bewegungen einen Maulkorb. Sie werden daran gehindert, sich politisch zu organisieren und bei Wahlen anzutreten. Und das, obwohl wir heute in einer liberalen Demokratie leben.